

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/166

Bad Godesberg, den 31. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Bewährung der Parteien</u> Nichts wird mehr so sein, wie es früher war	81
3	<u>Max Brauer</u> Zu seinem 80. Geburtstag	36
3	<u>Ein schwerer Ausfall</u> Zur Erkrankung des Bundesverteidigungsministers	14
4 - 6	<u>Nahost-Politik</u> Kritische Bemerkungen Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	146

* * *

Bewährung der Parteien

Nichts wird mehr so sein, wie es früher war

xxx - Seit der Bildung der Großen Koalition wird viel von Bewährung gesprochen. Ständig heißt es, die Regierung müsse sich bewähren. Das kann den Eindruck erwecken, als sei diese Bundesregierung etwas Abstraktes, ein Organ im luftleeren Raum. Davon kann natürlich keine Rede sein. Eine Regierung ist der Ausdruck der politischen Kräfte, die in einem demokratischen Staat in der Mehrheit sind. Das schlägt sich in der politischen Zusammensetzung der Parlaments nieder. Die Scheidelinie parlamentarischer Gruppen wird aber von den Parteien gezogen.

Wenn die politische Führung eines demokratischen Staates funktionieren soll, müssen alle Organe der Willensbildung in einem ausgewogenen, möglichst harmonischen Verhältnis zueinander stehen. Die Regierung braucht eine solide Basis in der Volksvertretung, damit ihr Programm Gesetz werden kann. Bei einer Koalitionsregierung, die in einer Demokratie westlicher Prägung die Regel ist, solange nicht durch ein entsprechendes Wahlrecht das Zwei-Parteien-System etabliert ist, setzt dies weitgehende Übereinstimmung der Mehrheitsparteien voraus.

- * Ändern sich Parteien durch die Regierungsbeteiligung? Das
- * ist eine entscheidende Frage seit der Bildung der Großen
- * Koalition in Bonn. Wäre der bisherigen Oppositionspartei
- * die parlamentarische Mehrheit durch Wahlen zum Bundestag
- * zugefallen, hätte sich das Problem kaum in dieser Schärfe
- * gestellt. So aber wird durch das Bündnis der Sozialdemo-
- * kraten mit den Unionsparteien vielfach der Eindruck erweckt,
- * als habe sich der eine Partner dem anderen durch Preisgabe
- * wichtiger Programmpunkte angeschlossen. Wie die Regierungs-
- * praxis zeigt, ist das in keiner Weise der Fall.

Die optische Täuschung beruht darauf, daß die Unionsparteien seit 1949 ununterbrochen die Regierung stellen, wobei die Freien Demokraten in der Rolle des Anhängsels erschienen, während die Sozialdemokraten zum erstenmal in die Regierungsverantwortung gelangten. Die Teilung der Regierungsmacht unter zwei nahezu gleich starken Partnern erfordert den Kompromiß, verhindert aber die Unterwerfung des einen unter den Willen des anderen. Der entscheidende Gewinn für die SPD besteht darin, daß sie zum erstenmal unmittelbaren Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewonnen hat.

Alle drei Parteien, die im Bundestag vertreten sind, müssen umlernen. Die Unionsparteien müssen lernen, daß sie nicht mehr Herr im Hause sind. Die SPD muß sich darauf einstellen, daß die staatspolitische Mitbestimmung etwas grundlegend anderes ist als das freie Spiel der Ideen in der Opposition. Die Freien Demokraten haben sich an die Rolle zu gewöhnen, die ihnen durch das Aus-

scheiden aus der Regierung zugefallen ist. Das Zusammenspiel der Parteien, des Parlaments und der Regierung kann nur fruchtbar werden, wenn jeder Beteiligte seine Aufgabe erkennt und danach handelt.

- * Diese Bundesregierung, von der die Bevölkerung mehr als
- * von allen vorausgegangenen Kabinetten erwartet, wird nur
- * dann erfolgreich sein, wenn es nirgendwo an Verantwortungs-
- * bewußtsein fehlt. Das setzt eine gewisse Disziplin
- * ebenso voraus wie die Bereitschaft zum Kompromiß. Diszi-
- * plin heißt nicht Verzicht auf Meinungsäußerung, schon
- * gar nicht auf politischen Kampf, und der echte Kompromiß
- * als Ergebnis des Ringens um durchsetzbare Lösungen
- * hat nichts mit Kuhhandel zu tun. Diese Bundesregierung
- * ist aber so konstruiert, daß kein Partner dem anderen un-
- * zumutbare programmatische Zugeständnisse abverlangen kann.

Deshalb hat es im Grunde wenig zu besagen, wenn beim Koalitionspartner hin und wieder eine Stimmungsmache zu beobachten ist, mit der sich nur der Unmut über das wachsende Ansehen sozialdemokratischer Regierungsmitglieder Luft macht. Die andere Seite sollte jedoch nicht vergessen, daß frühere Koalitionen zum Schaden des Ganzen zerredet worden sind. Der Funke systematisch geschürten Mißtrauens kann sich zu einem alles vernichtenden Feuer ausweiten. Der politische Wettbewerb wird durch das Regierungsbündnis nicht unterbunden, wohl aber dürfen die Parteien die Grenze nicht überschreiten, jenseits derer ihre Zusammenarbeit in Frage gestellt würde.

- * Die Große Koalition ist eine erste Erfahrung in der kurzen
- * Geschichte der Bundesrepublik. Sie hat sich selbst
- * als Ausnahme, als Experiment hingestellt. Von ihrer Be-
- * währung hängt viel für die Zukunft unseres Gemeinwesens
- * ab. Nur wenn die drei Parteien über ihren Schatten sprin-
- * gen, kann der Versuch gelingen. Sicher ist schon jetzt,
- * daß die politische Landschaft eine grundlegende Verände-
- * rung erfährt. Nichts wird mehr so sein, wie es einmal
- * war. Die Entkrampfung im Verhältnis der Parteien zuein-
- * ander ist unaufhaltsam. Nach den langen Jahren der Oppo-
- * sition wird die SPD die Probe der Regierungsverantwortung
- * bestehen.

+ +

Max Brauer - Zu seinem 80. Geburtstag

sp - Seit Jahren lebt er still und zurückgezogen, frei von allen politischen Ämtern und öffentlichen Verpflichtungen. Viele Jahre lang hat er die Hamburger Szene durch seine Persönlichkeit dominiert. Gemeint ist Max Brauer, der langjährige Oberbürgermeister der Hansestadt. Er wird am 3. September 80 Jahre alt und dieser Tag dürfte ihn in Mittelpunkt vieler Ehrungen finden. Nicht nur seine Hamburger haben ihm viel zu verdanken. Er steht in der Dankeschuld unseres ganzen Volkes und der Partei, die ihn prägte und seinem politischen Wirken die Richtung gab, der Deutschen Sozialdemokratie. Ohne diese Partei wäre ein Max Brauer nicht denkbar, sie hat ihn von frühester Jugend an in ihren Bann gezogen und seinen Lebensweg bestimmt.

Nichts blieb dem Achtzigjährigen in seinem Leben erspart. Er erlebte alle Höhen und Tiefen der deutschen Arbeiterbewegung, aus der er kommt und die ihn an die Spitze des Stadtstaates führte. Die Machthaber des Dritten Reiches hatten Max Brauer 1933 von seinem Amt als Oberbürgermeister vom benachbarten Altona verjagt. In den qualvollen und schmerzlichen Jahren der Emigration galt sein Sinnen und Trachten dem Wiederaufbau des von den braunen Verderbern geschändeten und zerstörten Deutschland. Die USA beehrten ihn mit ihrer Staatsbürgerschaft, aber er gab sie vor sich, als ihn über hunderttausend Hamburger bei seinem ersten Wiedererscheinen nach dem Zusammenbruch in einer unvergeßlichen Kundgebung beschworen, doch wieder in Hamburg zu bleiben und sie nicht allein ihrer Not zu überlassen. Es bedurfte nicht erst der Bitten. Max Brauer blieb und widmete seine Erfahrung und seine ungetrochene Kraft der Wiederaufrichtung einer tödlich getroffenen Millionenstadt; in Ruhmesblättern bleibt sein Wirken in der Nachkriegsgeschichte der Hansestadt verzeichnet.

Max Brauer war aber mehr als "nur" ein Oberbürgermeister. So viel ihn auch mit Hamburg verband und ihn beanspruchte, so stark war auch sein Engagement für die allgemeine Politik, und das brachte ihm manche Konflikte auch mit seiner eigenen Partei ein. Max Brauer aber tat immer das, was er für richtig hielt und er fuhr nicht schlecht dabei. Die deutschen Sozialdemokraten sind froh, diese knorrige und eigenwillige Persönlichkeit zu den Ihren zählen zu dürfen. Max Brauer hat Großes geleistet. An seinem 80. Geburtstag wird sein Werk vor Hamburg und unserem Volke wieder sichtbar.

+ + +
Ein schwerer Ausfall

sp - Die Nachricht von der schweren Erkrankung des Bundesverteidigungsministers Gerhard Schröder wirkte schockierend in Bonn. Die Flicke aller Menschen, die sich verantwortlich fühlen für das Wohl und Wehe unseres Staates, richten sich besorgt auf sein Krankenbett und verbinden sich mit dem Wunsch, diesen tatkräftigen Mann recht bald wieder an seiner Wirkungsstätte zu sehen. Zwar gibt es in Bonn keine Grundsatzentscheidungen zu fällen, wohl aber sind im Bereich der Verteidigungsplanung konkrete Beschlüsse zu fassen oder vorzubereiten. Das Wort Schröders hat großes Gewicht, reicht doch sein Einfluß kraft seiner überragenden Stellung innerhalb der CDU in weite Bereiche der deutschen Politik. Sein öffentlich nur kurzer Ausfall wirkt sich hemmend aus. Er zwingt das Kabinett, wichtige Beschlüsse zu vertagen. Unser Wunsch: Möge der erkrankte Bundesverteidigungsminister recht bald in der Lage sein, wieder mit voller Tatkraft in Bonn an der Gestaltung der Politik mitwirken.

Nahost-Politik

Kritische Bemerkungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB.

Die schwierige Situation, der wir uns in großen Teilen der arabischen Welt gegenübersehen, ruft bei vielen unserer Mitbürger eine Reihe von jenen irrationalen Reaktionen hervor, die so kennzeichnend für das arabisch-deutsche Verhältnis sind. Die Wurzeln der deutschen Freundschaft für die Araber liegen keineswegs in der langen und bedeutsamen arabischen Geschichte, in den Sagas von Fair Play und Ritterlichkeit aus den Jahrhunderten der Kreuzzüge, in denen vielleicht die größte Affinität zwischen dem geistigen Habitus deutscher, um den Besitz der Stätten kämpfenden Feudalherren und ihren arabischen Gegnern bestand. Das Gros unserer Mitbürger weiß auch nichts von der Hochblüte islamischer Kultur, die die Weltgeschichte so immens bereichert hat, von den bedeutsamen Beiträgen der arabischen Kultur für die Wissenschaft, von der Transzendenz zwischen Traum und Wirklichkeit, die ganz entscheidend das arabische Leben begleitet und als Kriterium arabischen Denkens der Tradition des Beseinendaseins einen festen Platz in fast allen Bereichen des arabischen Lebens bis zum heutigen Tag gesichert hat. Auch die den Lehren des Islam inhärente Sozialstruktur, die viel ausgeprägter und mehr auf Praktikabilität gerichtet ist, als die auf die Liebe für die Mitmenschen aufgetaute Soziallehre des Christentums oder die dem Hegel'schen Denken so verwandte Staatsphilosophie des Islams hat keine jener seltsamen Bindungen bewirkt, mit der sich heute die lange Jahre wechselseitigen Sympathien erklären ließen.

Vielmehr muß man sich nüchtern Rechenschaft darüber ablegen, daß die Wurzeln arabischer Sympathie und die Illumination der deutschen Politik für den Nahen Osten zunächst aus dem Bündnis mit dem Kalifat während des Ersten Weltkrieges und der nachfolgenden arabischen Enttäuschung über nicht eingehaltene Versprechungen der Engländer. Der virulente Antisemitismus des Dritten Reichs schließlich hat, vom Iran abgesehen, den Deutschen einen ersten Platz unter den möglichen Verbündeten der panarabischen Sache gesichert und ihnen das Dritte Reich um zwei Jahrzehnte überdauernde Sympathien von der Westgrenze des Maghreb bis zum Schatt-el-arab eingebracht.

Eine seit 1949 pragmatisch handelnde Diplomatie versuchte allzulange das heikle Thema Israel aus Überlegungen deutsch-arabischer Politik auszuklemmern, die arabischen Staaten zu einer Bastion des deutschen Außenhandels zu erweitern, besonders nach der Suezkrise, und in natürlichen Gefolge solcher Überlegungen den Nahen Osten zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik zu machen.

Die in den ersten 15 Jahren begangenen Fehler deutscher Nahostpolitik wiegen noch heute schwer. Kaum einer der in jener Zeit im arabischen Raum amtierenden Botschafter war ein Arabienkenner oder von Überdurchschnittlichem Format. Die bis Ende 1966 obwaltende Öde und Phantasielosigkeit in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes verhinderte gemeinsam mit der geradezu blinden Beobachtung amerikanischer und britischer Nahost-Interessen - von der Übernahme britischer Handelspositionen nach der Suezkrise abgesehen - ein wirklich vertrauensvolles deutsch-arabisches Zwiegespräch auf der Regierungsebene, und eine kontinuierliche Darlegung einer für Deutschland unvermeidlichen Aussöhnungspolitik mit dem jungen Staat Israel. Ganz im Gegensatz dazu war diese Phase seit dem Jahre 1958 von einer großzügig konzipierten Wirtschafts- und Handelshilfe

für die arabischen Staaten begleitet, deren Motive freilich schon damals in einigen Regionen mehr in einem west-östlichen Antagonismus zu suchen waren, als in rein handelspolitischen und entwicklungspolitischen Überlegungen.

Das erwies sich folgenscher in dem allzu leichtfertig auf einem Rheindampfer abgeschlossenen sogenannten Bogdadi-Rahmensekretariat mit der damals Syrien und Ägypten umfassenden Vereinigten Arabischen Republik, bei der gänzlich der amerikanischen Politik folgenden deutschen Haltung anlässlich der Nichtbeteiligung der Finanzierung des Assuandammes und im Gegensatz dazu, bei der angesichts der deutschen Möglichkeiten und der technischen und politischen Schwierigkeiten zu leichtfertig gegebenen Zusage zum Bau des Euphratdammes.

Das zügige Engagement der deutschen Außenwirtschaft auf der einen, wie die immer wieder dezent angebrachten arabischen kleinen Erpressungen hinsichtlich der auf ihren Territorien gewährten Bewegungsfreiheiten für Operationen der DDR auf der anderen Seite vermochten die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik auch in Zeiten einer sich durch den geheimen Waffenlieferungsvertrag zuspitzenden Krise nicht zu einer Flurbereinigung und realistischen Gestaltung ihrer Nahostpolitik zu bewegen. In Jordanien engagierte sich Bonn nur auf nachdrückliches amerikanisches Ersuchen, mit Kuwait, das sehr rasch innerhalb der Liga eine finanzielle Schlüsselposition einzunehmen begann, versäumte man, rechtzeitig solide diplomatische Kontakte einzurichten.

Die für die psychologischen Tangenten des deutsch-arabischen Verhältnisses wichtigen kulturellen Beziehungen wurden allzulange auf Sparflamme gehalten und erst unter dem immer stärkeren Engagement der DDR entschloß sich die Bundesregierung zu intensiveren Aktionen auf diesem Gebiet. Eine finanzielle Beteiligung an der Rettung des für die arabische Öffentlichkeit eine große Rolle spielenden Tempels von Abu Simbel lehnte die damals amtierende Bundesregierung ab.

Trotz allem, die wachsenden deutschen Anstrengungen auf dem Gebiet der technischen Hilfe, die Fülle der privaten Beziehungen, das wachsende Handelsvolumen in beiden Richtungen und nicht zuletzt eine unterschwellige, aber deutliche germanophile Komponente in der Person des Ägyptischen Staatspräsidenten Nasser ließen den einflußreichsten unter den arabischen Führern im Nahen Osten lange das geheime Waffenlieferungsabkommen der Bundesrepublik an Israel tolerieren, so wie man in Kairo und der übrigen arabischen Welt über die noch am Vorabend des jüngsten arabisch-israelischen Krieges durchgeführten französischen Waffenlieferungen schweigt, die wahrscheinlich entscheidender zum israelischen Sieg beigetragen haben, als die Militärhilfe irgend eines anderen Staates.

Aber halten wir uns an die Tatsachen. Im November 1965 reiste Bundestagspräsident Dr. Gerstenmeier im Auftrag der damaligen Bundesregierung nach Kairo und versprach Einstellung der Waffenlieferungen an Israel und Wiederherstellung der traditionellen deutschen Neutralität im Nahen Osten durch ein Waffenausfuhrverbotsgesetz.

Nasser wartete drei Monate. Nichts erfolgte, die Regierung in Bonn konnte sich nicht zu einem solchen Gesetz durchringen, sowohl das Parlament den damaligen Außenminister Schröder drängte. In Kairo wird diese deutsche Haltung noch heute als Wortbruch betrachtet und von da ab datiert ein in den arabischen Hauptstädten deutlich festzustellendes Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit deutscher Zusicherungen.

Die Darlegung dieses Sachverhaltes ist nötig, um zu zeigen, daß die deutsche Entwicklungshilfe im Nahen Osten eine Funktion unserer politi-

schen Beziehungen zu den arabischen Staaten geworden ist und nicht umgekehrt, wie fälschlich manche Beobachter glauben. In gewisser Hinsicht sind die Deutschen ihrer Mentalität nach besonders prädestiniert, im Nahostraum technische und Bildungshilfe zu leisten.

Da die Finanzlage des Bundes ohnehin ausschließt, daß die Bonner Regierung nach einer Normalisierung des deutsch-arabischen Verhältnisses vor 1971 sich an der Finanzierung von Großprojekten beteiligt, kann auch die jetzige Regierung kaum dem Irrtum verfallen, zerschlagenes Porzellan ließe sich durch Vergoldung kitten.

Sie kann sich vielmehr bei der Fortsetzung eines soliden und ausgewogenen Wirtschaftshilfe- und Entwicklungsprogramms auf folgende Annahmen stützen:

- * 1. Daß die rund 700 Millionen betragenden Kredite an Ägypten konsolidiert werden müssen.
- * 2. Daß die Masse der arabischen Staaten auf die Dauer nicht ohne den Wirtschaftspartner Bundesrepublik auskommen kann, ohne die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu schädigen.
- * 3. Daß die Staaten des Maghreb in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf eine Assoziation mit der EWG angewiesen sind.
- * 4. Daß die arabischen Ölstaaten ihre wirtschaftliche Struktur in den kommenden 20 Jahren umstellen und bereichern müssen, weil ab diesem Zeitpunkt mit dem Beginnen einer Ölkrise durch die fortschreitende Umstrukturierung der Energieerzeugung gerechnet werden muß.
- * 5. Daß die machtpolitischen Aspirationen einiger arabischer Regierungen nicht mehr mit den Zielen der sowjetischen Politik in Nahost identisch und überdies die Quellen sowjetischer Hilfeleistungen nicht unerschöpflich sind.

Diese im Interesse einer friedlichen und wirtschaftlich progressiven Entwicklung im Nahen Osten liegende Fortsetzung deutscher Entwicklungshilfe ist jedoch nur nach einer Bereinigung der gegenwärtigen deutsch-arabischen Gegensätze möglich. Eine solche Bereinigung kann nur in Kairo, Bagdad und Algier erfolgen und nicht anderswo. Sie schließt mit Sicherheit ein offizielles deutsches Bedauern über die durch die Politik vergangener Regierungen verursachten Mißverständnisse und Verhältnisse, eine definierte Grundsatzerklärung über eine deutsche Neutralität im Nahen Osten und eine im Lichte inzwischen geschaffener Realitäten sehr modifizierten Handhabung des deutschen Alleinvertretungsanspruches ein.

Im übrigen setzt sie klärende Gespräche zwischen dem deutschen Regierungschef und seinen arabischen Kollegen voraus - die augenblicklich noch in weiter Ferne zu liegen scheinen.